

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

GROSSBRITANNIENS RÜCKZUG AUS ASIEN

Am 18. Januar hat das britische Unterhaus mit der üblichen Mehrheit dem *Sparprogramm* der Labourregierung zugestimmt. Der Entscheid setzt einen Markstein in der Geschichte Großbritanniens. Obwohl die Einzelheiten des Programmes keine Überraschung bedeuteten und seine Annahme im vornherein feststand, wirkt es als ganzes doch schockierend. Großbritannien liquidiert endgültig aus Sparsamkeitsgründen seine Positionen «East of Suez», deren Abbau erst für die späteren siebziger Jahre vorgesehen war, bereits 1971. Die britischen Truppen verlassen Gebiete, in denen der Union Jack während mehr als anderthalb Jahrhunderten Symbol der europäischen Herrschaft, aber auch der europäischen Zivilisation gewesen war. Lediglich in *Hongkong* wird noch eine kleine Garnison aufrechterhalten werden, die aber hauptsächlich polizeiliche Funktionen ausüben soll. Dafür werden auch die britischen Stützpunkte im *Persischen Golf* abgebaut. Ein weites Gebiet, das Konfliktstoff in gehäufte Fülle birgt, wird damit in wenigen Jahren seinem Schicksal überlassen werden.

Ende britischer Weltgeltung?

Der Entschluß zum Abzug aus Asien bedeutet ohne Zweifel den Verzicht Großbritanniens auf eine führende Stellung als Weltmacht; ein Anspruch, den es — nominell wenigstens — bis heute aufrechterhalten hat. Die tatsächliche Verschiebung der politischen Gewichte hat allerdings schon vor Jahrzehnten begonnen. Bereits im *Ersten Weltkrieg* vermochte die von Großbritannien angeführte Entente nur dank amerikanischer Hilfe der Zentralmächte Herr zu werden. Lediglich der Rückzug der Vereinigten Staaten in die Isolation nach 1920 und der Ausfall Rußlands durch

die Wirren der bolschewistischen Revolution erlaubten es Großbritannien und dem mit ihm verbündeten Frankreich, in der Zwischenkriegszeit die Rolle der führenden Weltmacht weiter zu spielen. Dem neuen Ansturm im Zweiten Weltkrieg war Großbritannien jedoch nicht mehr gewachsen. Die Bedrohung der Welt durch Hitler konnte zwar gebrochen werden — nicht zuletzt dank Englands tapferer Haltung im kritischen Jahre 1940. Aber es war damals zur Hauptsache ein *moralischer Sieg* Englands; für den materiellen Erfolg über das Dritte Reich benötigte es die Hilfe der USA und der Sowjetunion. Gleichzeitig zeigten sich im ganzen Empire immer stärker werdende Desintegrationstendenzen, die 1947 im Abzug Großbritanniens aus Indien gipfelten. Das Ende des Empire war da.

Zwanzig Jahre später endet nun die britische Präsenz in Asien überhaupt. Es ist erschütternd, feststellen zu müssen, wie formlos und sachlich dieser Akt über die Bühne von Westminster gegangen ist. Lediglich der Labourabgeordnete *Donnelly* hat protestierend seine Stimme erhoben und ist aus der Fraktion ausgetreten, weil er nicht den Kurs einer Regierung unterstützen wollte, die so sichtbar den Schlußstrich unter eine Epoche britischer Geschichte zieht. Aber *Donnellys* Geste blieb vereinzelt; selbst die Erklärung des konservativen Leaders *Heath*, seine Partei werde, einmal zur Macht zurückgelangt, die vom Parlament beschlossenen Maßnahmen revidieren, hat kaum mehr als verbalen Charakter.

Gefährdete Stellung Wilsons

Der hauptsächliche Protest gegen Premierminister Wilson betraf nicht den verteidigungspolitischen Aspekt des Sparpro-

gramms, sondern die Einschränkung beim *Sozial- und Gesundheitsdienst*. Hier ist der Regierungs- und Parteichef, wie schon oft zuvor, mit dem linken Flügel seiner eigenen Partei in Konflikt geraten. Gegen die 25 Labourabgeordneten, die sich in dem Schlußvotum der Stimme enthalten haben, sind die üblichen *Disziplinarmaßnahmen* ergriffen worden. Wichtiger als diese routinemäßige Verurteilung einzelner Rebellen ist die Stimmung des *Mißmutes* und der *Unzufriedenheit*, die sich mehr und mehr auf den Labourbänken breit macht. Zum ersten Male seit seinem Amtsantritt ist es Wilson nicht gelungen, seine Gegenspieler innerhalb der eigenen Partei mit seiner wendigen Taktik auszumanövrieren und auf seine Seite herüberzuziehen. Nach drei Jahren Herrschaft werden die ersten *Abnützungerscheinungen* sichtbar. Noch sind die Stimmen, die nach Wilsons Ersetzung rufen, nur vereinzelt. Sie werden wieder verstummen, wenn sich Erfolge einstellen sollten. Eine Labourregierung jedoch, die innenpolitisch eine unpopuläre Maßnahme nach der andern ergreifen muß und außenpolitisch die letzten Positionen Großbritanniens in der Welt liquidiert, ohne die als Alternative gedachte Europapolitik zum Erfolg führen zu können, dürfte bald Gegenstand immer schärferer Kritik sein.

Machtpolitisches Vakuum in Asien

Die Frage, wer das durch den Rückzug Großbritanniens aus Asien entstandene Vakuum ausfüllen wird, bleibt offen. Vergeblich ist der Premierminister von Singa-pore, *Lee Kuan Yew*, in der Woche vor dem Parlamentsentscheid über das Sparprogramm nach London gefahren, um hier für eine Überprüfung des Abbaues der Verpflichtungen in Südostasien zu plädieren. Seine Mission blieb ohne Erfolg. Singa-pore sucht nun zusammen mit *Malaysia* wenigstens eine lose *Verteidigungsgemeinschaft* aufzubauen. Es ist klar, daß die Kraft dieser beiden kleinen Länder nicht ausreichen wird, nach 1971 die Präsenz Groß-

britanniens zu ersetzen. Aber auch *Austra-lien* hat sich als außerstande erklärt, neue Verpflichtungen im südostasiatischen Rau-me zu übernehmen.

Die einzige westliche Macht, die imstande wäre, die entstandene Lücke aufzu-füllen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber diese laborieren selbst an einer *Zahlungsbilanzkrise* herum, die nicht leicht zu überwinden sein wird. Der Druck des *Vietnamkrieges* lastet auf dem Lande und zwingt die USA, ihre Machtmittel zu konzentrieren und die Verteidigungsen-gagements abzubauen und nicht zu erwei-tern. Die Frage, wer in drei Jahren in Asien die Rolle Großbritanniens übernehmen soll, bleibt offen. Solange sie nicht beant-wortet ist, ist das Verteidigungsdispositiv des Westens in Asien in starkem Maße ge-fährdet.

Großbritannien und Europa

Die tiefgreifende Umschichtung der Kräfte-vertei-lung, die der Abzug Großbritanniens aus Asien mit sich bringt, wird auch seine *Rückwirkungen auf Europa* haben. Für die britischen Inseln ist der enge Kontakt mit Europa nun zur einzig möglichen Alterna-tive geworden. Im Augenblick steht dem je-doch das Veto Frankreichs gegen einen Bei-tritt Londons zur Sechsergemeinschaft ent-gegen. Großbritannien gerät so mehr und mehr in eine *Zwangslage*. Es hat seine über-seischen Verpflichtungen praktisch auf Null reduziert, muß sich aber von Paris aus gefallen lassen, daß es als nichteuropäische Macht disqualifiziert wird. Vom europäi-schen Standpunkt aus gesehen und auch im Interesse der Verteidigung der westlichen Welt ist diese Aufsplitterung des Westens, wie er sich durch die Abdrängung Groß-britanniens an den Rand des weltpoliti-schen Geschehens abzeichnet, bedauerlich und gefährlich.

Welche potentiellen Konfliktstoffe auch in der Zeit der gegenwärtigen Entspannung weiterhin in Europa lagern, zeigte der jüngste Vorstoß Moskaus in der *Berlin-frage*. Das Aide-Mémoire, das Botschafter

Zarapkin am 6. Januar in Bonn überreichte, hielt sich zwar in gemäßigten Formen, und es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Sowjetunion in Berlin eine neue Konfrontation sucht wie vor zehn Jahren. Aber die Note Moskaus an Bonn deutet doch an, daß das *Gleichgewicht*, das sich in Europa herausgebildet hat, nur ein labiles ist. Die potentiellen Gefahrenherde unseres Erdteiles können jederzeit zu akuten Krisen führen, und die Ruhe, die Europa gegenwärtig genießt, könnte sich dann rasch als eine trügerische erweisen. Ein um Großbritannien erweitertes Europa, das neben den Vereinigten Staaten seine Stellung in der Welt bezieht, würde durch das Gewicht seiner Bevölkerung und seines wirtschaftlichen Potentials ein stabilisierender Faktor in einer sich mehr und mehr desintegrierenden westlichen Gemeinschaft sein.

Neuer Entwurf für einen Atomsperrvertrag

Die Bemühungen um den Abschluß eines Atomsperrvertrages — gegenwärtig eines der wichtigsten Objekte der Bestrebungen nach einer Entspannung zwischen Ost und West — haben zu einem konkreten Ergebnis geführt. Am 18. Januar unterbreiteten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten der Genfer Abrüstungskonferenz den *gemeinsamen Entwurf* für ein entsprechendes Abkommen. Der Vorschlag der beiden Supermächte ist ein in mehrjährigen Verhandlungen mühsam erarbeiteter Kompromiß. Ein Vergleich mit dem ersten Vertragsentwurf, der der Konferenz am 24. August des vergangenen Jahres vorge-

legt worden ist, zeigt, daß zahlreiche Bedenken, die vor allem von den Industriestaaten Westeuropas vorgetragen worden sind, zu einer *Modifizierung des Textes* im Sinne einer besseren Sicherung der wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Interessen dieser Länder geführt haben. Trotzdem haftet dem Vertrag noch immer das Odium einer einseitigen Einigung der großen Nuklearmächte an, deren Kosten die Nichtnuklearen zu tragen haben werden. Das Abkommen hat auch in seiner neuesten Version noch weitgehend *diskriminatorischen Charakter*, auch wenn durch eine komplexe und flexible Fassung des lange umstrittenen *Kontrollartikels* einige der problematischsten Ungleichheiten wenigstens gemildert werden konnten. Von verschiedenen Staaten sind denn auch gegen diesen Entwurf sofort wieder *Vorbehalte* angemeldet worden.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob die beiden Supermächte bereit sind, das Karussell der Verhandlungen nochmals weiter spielen zu lassen. Die Genfer Abrüstungskonferenz steht unter *Zeitdruck*, nachdem ihr die Vereinigten Nationen den Termin des 15. März gesetzt haben, um der dann wieder zusammentretenden Generalversammlung einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Beratungen vorzulegen. Die beiden nuklearen Supermächte drängen nun darauf, das Vertragswerk zu einem Abschluß zu bringen. Ob der Schritt, der hier in dem Bemühen um eine Beschränkung der Rüstungen getan werden soll, wirklich ein zweckmäßiger ist, bleibt freilich umstritten.

Fabius

WANDLUNGEN DES ROTEN TOTALITARISMUS — MACHTWECHSEL IN PRAG

Am 5. Januar 1968 hat für die Tschechoslowakei eine historische Stunde geschlagen. Fast 20 Jahre nach dem kommunistischen Februarputsch, der das einstige Musterland der Demokratie in Mitteleuropa in eine

düstere Provinz des Stalinismus verwandelte, ist ein doppelter Wechsel beschlossen worden. *Antonin Novotny*, der zum Symbol der Stagnation in allen Sphären des öffentlichen Lebens wurde, ist gestürzt worden.

Und zum erstenmal in der Geschichte der Tschechoslowakei ist zum führenden Mann ein Slowake berufen worden. Beides ist von großer Tragweite. Dennoch taucht jetzt die Frage auf, ob der 46jährige *Alexander Dubcek*, der die untergeordnete Position des slowakischen Parteichefs mit der höchsten Position im gesamten dualistischen Staat vertauscht hat, die Kraft und das Talent aufbringen wird, um die langwierige und tiefe Krise zu meistern.

Sie hat viel Gemeinsames mit jenen katastrophalen Zuständen, in denen sich Polen und Ungarn Mitte der fünfziger Jahre befanden. Aber sie ist in mancher Hinsicht anders und komplizierter. Als in Budapest und Warschau die revolutionäre Welle hochging und die Stalinisten aus ihren Ämtern verjagte, verhielt sich die tschechoslowakische Partei höchst diszipliniert. Novotny konnte damals mit Stolz feststellen, daß in der Tschechoslowakei nichts derartiges passiert und daß die Macht in fester Hand ist. Doch diese Zuversicht hat sich als Trug erwiesen. Noch mehr: die Tatsache, daß die Tschechoslowakei es versäumt hatte, rechtzeitig und aus freien Stücken das Problem der politischen Hygiene zu lösen, ist dem Regime sehr teuer zu stehen gekommen. Die versäumte Entstalinisierung hat sich dadurch gerächt, daß das Land in den politischen Marasmus geriet.

Man entschloß sich zwar, 1962/1963 eine Art minimale Entstalinisierung vorzunehmen, aber das war nur ein schwaches Abbild der Prozesse, die in den anderen Ländern vor sich gingen. Man wagte auch nicht, irgendwelche Reformen durchzuführen. Novotny manövrierte jahrelang nach den besten Vorbildern eines klassischen Zögerers. Hie und da ließ er rein deklamatorisch Neuerungen einführen, um sie durch Bremsen überhaupt nicht oder nur fragmentarisch zuzulassen.

Katastrophale Wirtschaftskrise

Am schlimmsten wurde die Wirtschaft davon betroffen. Da die Tschechoslowakei aufgrund ihrer ganzen wirtschaftlichen

Struktur als ehemals hochentwickeltes Industrieland eine gründliche Reform am nötigsten brauchte, war jedes versäumte Jahr viel schlimmer als in den anderen Ostblockstaaten. Die Folge war, daß im Jahre 1966 nicht nur keine Zuwachsraten eintraten, sondern die wirtschaftliche Entwicklung begann rückläufig zu werden. In dieser Lage haben die Technokraten das Parteiregime darauf aufmerksam gemacht, daß dem Land eine komplette Wirtschaftskatastrophe drohe. Novotny hat diese Hiobsbotschaft sicherlich begriffen, aber er hat dennoch nicht die imperative Forderung nach radikalen Reformen verstanden. Zwar haben ihm die begabten Wirtschaftler wie Professor *Ota Sik* ein ausgearbeitetes Instrumentarium für die schnelle Abwendung der Gefahr vorgeschlagen, aber der stets zögernde und unentschlossene Parteichef ließ nur halbe Schritte zu. Das neue Wirtschaftsmodell konnte nicht voll entfaltet werden. Dann haben die mittleren und kleinen Novotnys, die in der Wirtschaftsreform einen Anschlag auf ihre gesellschaftliche Stellung und die bisherigen Privilegien sahen, eine durchaus erfolgreich verlaufende Sabotageaktion entwickelt.

Daraus ergab sich eine Vertrauenskrise zwischen den Wirtschaftsmanagern und der Parteibürokratie. Sie weitete sich in einen Konflikt zwischen der intellektuellen Elite und der Parteiobrigkeit aus und erfaßte auch eine dritte, in der Tschechoslowakei stets sehr prekäre Sphäre, das Verhältnis zwischen den Slowaken und Tschechen. Die slowakischen Nationalkommunisten verlangten, daß die unbeglichenen Rechnungen über die Ermordung von *Vlado Clementis* endlich bereinigt werden. Novotny widersetzte sich dem immer wieder. Die Slowakei verlangte ferner, daß die Gleichberechtigung in staatsrechtlicher Hinsicht und im Wirtschaftssektor voll realisiert werde. Dem stand aber der Prager Zentralismus Novotnys im Wege. In der Zwischenzeit wurden auch die breiten Massen von der Krisenstimmung erfaßt. Die Partei verlor jegliches Ansehen.

Aus dieser Summe verschiedener Faktoren, zu denen sich dann der Ruf nach

mehr Selbständigkeit in der Außenpolitik gesellte, ist schließlich nach den groben Fehlern, die die Parteiführung im letzten Sommer fast auf allen Gebieten beging, eine akute Staats- und Parteikrise entstanden. Die erschrockenen und auf eine rasche Änderung drängenden Funktionäre aus der Slowakei und aus Mähren, weniger aus Böhmen, haben einen langwierigen Kampf gegen Novotny und seine Clique eingeleitet. Das Ringen dauerte von Ende Oktober bis Anfang Januar und ist in drei Etappen vor sich gegangen. In der letzten Runde, am 4. Januar, ist es schließlich den vereinigten Kräften gelungen, Novotny und damit wahrscheinlich auch seine Politik abzusetzen. Das Rennen hat ein Außenseiter, der Slowake Dubcek, gewonnen. Daß ausgerechnet er zum neuen Parteichef gewählt wurde, dürfte mit zweierlei Ursachen zusammenhängen. Er scheint der einzige unter den vielen Kandidaten gewesen zu sein, zu dem Breschnew Vertrauen hat. Außerdem war die Verständigung zwischen den verschiedenen Cliquen und Interessengruppen auf einen anderen Nachfolger unmöglich.

Nervosität in Warschau und Ostberlin

Die Ereignisse in Prag wurden im kommunistischen Osten unterschiedlich interpretiert. Während in Südosteuropa von Budapest bis Belgrad die Reaktion positiv war, hat die Nordflanke des Warschauer Paktes den tschechoslowakischen Führungswechsel mit Unbehagen registriert. Die Folge war, daß sich die sowjetische Troika: *Breschnew-Kossygin-Podgorny* auf Reisen nach Warschau und Ostberlin begeben mußte, um Klarheit zu schaffen. Es galt, gemeinsam mit den polnischen und ostdeutschen Kommunisten die Lage zu erörtern. Die Tschechoslowakei ist bisher ein wichtiger Partner Polens und Ostdeutschlands gewesen. Sie gehörte zu dem zwar in keinem Pakt, aber in der praktischen Politik entstandenen regionalen Zusammenschluß unter sowjetischer Kontrolle, der geläufig mit einem «Eisernen Dreieck» verglichen

wird. Prag hat außerdem verschiedene polnische Wirtschaftsprojekte finanziert. Für die Sowjetzone ist die Tschechoslowakei auch noch aus einem anderen Grunde wichtig. Sie ist das einzige kommunistische Land, das gemeinsame Grenzen sowohl mit dem ostdeutschen Satelliten wie auch mit der Bundesrepublik hat. Kein Wunder, daß nach der Absetzung Novotnys, mit dessen Loyalität und Interessengemeinschaft man stets rechnen konnte, jetzt Befürchtungen auftauchten, die neue Prager Führung könnte allmählich ein Desinteressement an einer einseitigen Zusammenarbeit mit der DDR zeigen und sich Schritt für Schritt mit Bonn arrangieren. Das zu verhindern ist für Warschau und Ostberlin wie auch für Moskau nicht ganz leicht. In der Tschechoslowakei stehen keine Sowjettruppen. Das einzige Mittel, mit dem die Nordflanke des Warschauer Paktes die Verselbständigung der tschechoslowakischen Außenpolitik stören könnte, sind die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Tschechoslowakei ist sehr stark von den Lieferungen der sowjetischen Rohstoffe und auch von dem sowjetischen Absatzmarkt für die eigenen Industrieprodukte abhängig.

Die zweite Frage, die bei den Blitzreisen der sowjetischen Prominenz zur Diskussion stand, hängt mit der Ostpolitik Bonns zusammen. Sowohl die polnischen wie auch die ostdeutschen Kommunisten wollen von ihren sowjetischen Freunden wissen, wie diese die deutsche Frage im Augenblick beurteilen und zu welchen Maßnahmen sie bereit sind, um Bonn daran zu hindern, neue Erfolge in der Ostpolitik zu erreichen. Dazu gehört auch die Erörterung der Bonner Initiativen hinsichtlich des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen. Die Auffassungen darüber sind in Osteuropa sehr differenziert. Einige Regierungen sind offenbar an solchen Vereinbarungen lebhaft interessiert. Dagegen stemmen sich aber Ulbricht und Gomulka. Der erstere sieht in dem westdeutschen Schachzug die Gefahr einer weiteren Isolierung der DDR und der zweite ist um die Frage der Oder-Neiße-Grenze besorgt und möchte ein

Junktum zwischen Gewaltverzicht und Anerkennung dieser Grenze herbeiführen. Ostberlin und Warschau plädieren dafür, daß man gegen diese Entspannungspolitik der Bundesrepublik eine Offensive startet, und zwar mit Hilfe der Berlinfrage. Im Augenblick der Entstehung dieser Analyse läßt sich noch nicht ganz übersehen, ob Moskau die Ratschläge Ulbrichts und Gomulka teilt und eine risikofolle Kampagne einleitet. Vorerst hat man eher den Eindruck, daß die Sowjets behutsam vorgehen und die Wiederholung der Fehler Chruschtschews vermeiden möchten, die er mit seinem Berlin-Ultimatum im Jahre 1958 beging und dadurch die Widerstandskraft und die Solidarität der westlichen Alliierten mit der Bonner Regierung und dem Westberliner Senat auf den Plan rief. Die Sowjets möchten so etwas verhindern, denn sie wissen, daß ein Angriff auf die Rechte der Alliierten in Westberlin und die Gefährdung der Zugangswege mit einem erneuten Zusammenrücken der inzwischen so sehr gelockerten westlichen Allianz beantwortet werden könnte. Mit anderen Worten, sie stehen vor dem Dilemma, ob sie mehr Gomulka und Ulbricht Gehör schenken wollen oder ob sie aus übergeordneten Interessen den bisherigen Kurs des Liebäugelns mit de Gaulle fortsetzen und die Auflösungstendenzen im westlichen Bündnis system vorziehen sollen.

Konflikt zwischen Macht und Geist

Indessen zeigt sich, daß der seit Jahren bereits gärende Prozeß der Entfremdung zwischen den kommunistischen Diktaturen und den geistigen Eliten dieser Länder weitere Fortschritte macht. Am schärfsten tritt dieser Gegensatz in der Sowjetunion auf. Mitte Januar ging in Moskau ein neuer Schriftstellerprozeß zu Ende, bei dem junge russische Intellektuelle wie Jurij Galanskow und Alexander Ginsburg an

der Spitze drakonisch bestraft wurden. Der Kreml hat bisher sämtliche Proteste des Auslandes, auch diejenigen der linksorientierten Kreise aus Frankreich, Italien und anderen Ländern völlig ignoriert. Man setzt sich über diese Schritte der besorgten Freunde der Sowjetunion kaltblütig hinweg. Man nimmt den erheblichen Prestigeverlust, der nach einem jedem solchen Prozeß für das sowjetische System eintritt, in Kauf und setzt die Verfolgung der Opposition unerbittlich fort. Es versteht sich von selbst, daß auch die Interventionen der um diese Entwicklung besorgten hervorragenden Persönlichkeiten aus dem sowjetischen kulturellen und wissenschaftlichen Leben ebenfalls erfolglos bleiben.

Vermutlich weckt die Entstehung geheimer Zirkel unter der Jugend bei den herrschenden Kräften das Gefühl, daß man der Ausbreitung der oppositionellen Bewegung nur mit drakonischen Mitteln zu Leibe rücken kann. Wir wissen im Grunde genommen von der Existenz solcher Geheimbünde recht wenig. Man erfährt davon erst dann, wenn die Verhaftungen zur Kenntnis der in Moskau stationierten Auslandskorrespondenten gelangen oder wenn Briefe mit entsprechenden Informationen in den Westen durchsickern. Viele Verhaftungen und manche Geheimprozesse, vor allem diejenigen an den Peripherien der Union, gelangen überhaupt nicht zur Kenntnis der Außenwelt. Andererseits läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß die Geheimpolizei nur einen Bruchteil der konspirativ wirkenden Geheimbünde aufdeckt. Die angeborene und von der Geschichte überlieferte konspirative Fähigkeit der Russen war und ist stets eine gute Waffe gegen die Schnüffeleien der Polizei. Infolgedessen sieht das Regime in den Prozessen und in den drakonischen Strafen eine wichtige Funktion. Sie sollen auf die jugendlichen Oppositionellen sozusagen prophylaktisch und abschreckend wirken.

Alexander Korab

Nachwehen

Die «Regierungsumbildung» vom 30. Dezember, die im Bundesrat eine Umbe-
setzung auf drei Departementen brachte,
blieb nicht ohne Nachwehen. In einzelnen
Zeitungen war von Zwängerei und über-
mäßigem Druck von seiten der «Reform-
freunde» die Rede. Und hinter den Kulissen
fielen womöglich noch härtere Worte.
Die Hintergründe dieser Kritiken sind vor
allem parteitaktischer Art, und unter den
jeweiligen Interessenstandpunkten waren
die Argumente gegen die «Rochaden» teil-
weise gewiß legitim oder doch verständlich.
Daß zum Beispiel die Parteifreunde
Bundesrat Gnägis fanden, dieser verhältnis-
mäßig junge Magistrat werde zu früh ins
Militärdepartement und damit in ein
Ressort versetzt, das seine Vorsteher natur-
gemäß einer außerordentlichen Abnützung
aussetzt, war ihr gutes Recht.

Trotzdem wird man sagen können, daß
der Wechsel unter sachlichen und gesamt-
politischen Aspekten doch wohl nur Vor-
züge aufzuweisen hat. Die vorhandenen
personellen Kapazitäten sind nun auf
Grund der neuen Regelung optimal einge-
setzt. Demgegenüber treten auch Über-
legungen, wonach zum Beispiel die frei-
sinnigen Vertreter die neben dem Militär
wohl exponiertesten Departemente zu ver-
walten hätten, während die sozialistischen
Bundesräte eher im Windschatten mit-
rudern könnten, deutlich in den Hinter-
grund. Es ist deshalb zu hoffen, daß die
Nachwehen recht bald und vollständig
verebben werden. Die Bundesratsparteien
haben nun wirklich Besseres zu tun, als
sich aus solchen Gründen gegenseitig das
Leben sauer zu machen. Die Nationalrats-
wahlen vom vergangenen Herbst haben
deutlich werden lassen, daß sie in den
Augen der Öffentlichkeit alle im gleichen
Boot sitzen und daß sie daher auch weit-
gehend kollektiv für den Kurs und das
Tempo der Fahrt unseres Staatsschiffes ver-
antwortlich gemacht werden.

Schwieriger Dienst am Land

Am Abend des 6. Januar verschied ein
Magistrat, der in schweren Zeiten dem
Lande gegenüber trotz mancher Anfechtung
unverdrossen seine Pflicht erfüllte: alt
Bundesrat Dr. Karl Kobelt. Er war 1940
nach einer denkwürdigen, hart umstrittenen
Wahl als Nachfolger von Bundesrat
Minger ins Militärdepartement eingezogen
und wurde in jener Zeit der äußeren Bedro-
hung gleich mit schwierigsten Aufgaben
konfrontiert. Neben dem populären General
Guisan hatte er als Repräsentant der politi-
schen Führung in der Landesverteidigung
keinen leichten Stand. Und nach Kriegs-
ende lastete auf ihm die Hauptverantwor-
tung für die weitere Erhaltung der Wehr-
bereitschaft. Hier liegt wohl sein größtes
Verdienst. Daneben soll nicht vergessen
werden, daß die Eidgenössische Turn- und
Sportschule in Magglingen, die in seiner
Amtszeit entstand und nicht mehr aus der
schweizerischen Sportwelt wegzudenken
ist, in ihm ebenfalls einen entschiedenen
Förderer fand.

Als 1954 die Zeit zum Rücktritt ge-
kommen war, mochte der Abschied vom
Bundeshaus nicht ohne Bitterkeit erfolgt
sein. Dem nüchternen, jeder Pose und
Rhetorik abholden Ostschweizer kam
manches schwerer an als seinem populären
Vorgänger, auch wenn seine Sachkenntnis
nie ernstlich in Zweifel gezogen wurde. Es
spricht für den Menschen und Politiker
Karl Kobelt, daß er sich in der Folge nicht
vergrämt zurückzog, sondern in der
schweizerischen Öffentlichkeit präsent
blieb und in versöhnlicher Haltung stetes
Interesse am Gang der Dinge bewahrte.

Verbesserte Altersvorsorge

Am 17. Januar hat der Bundesrat die Richt-
linien für die 7. AHV-Revision festgelegt.
Die entsprechende Botschaft soll bis zur
Märzsession der eidgenössischen Räte vor-

liegen. Es sind im wesentlichen die folgenden Verbesserungen auf den 1. Januar 1969 vorgesehen: Erhöhung der AHV-Renten um 25 Prozent (die Mindestrente für Ledige wird damit 2100 Franken, die Höchstrente 4500 Franken betragen; für Ehepaare lauten die entsprechenden Extremwerte 3660 und 7200 Franken); Einführung einer Zusatzrente für hochgradig Hilflose in der Höhe von 2000 Franken.

Nicht vorgesehen ist dagegen die Einführung einer automatischen Anpassung der Renten an den Lebenskostenindex («Rentenindexierung»). Indessen befürwortet der Bundesrat eine Reduktion der Überprüfungsfrist von fünf auf drei Jahre. Es versteht sich im übrigen, daß eine solche massive Rentenverbesserung mit einer entsprechenden Prämienhöhung verbunden werden muß. Diese beträgt 1 Prozent, so daß sich der gesamte Sozialversicherungsbeitrag künftig auf 6 Prozent stellen wird, da bekanntlich auch die Prämie für die Invalidenversicherung von 0,5 auf 0,6 Prozent gestiegen ist. Es wird sich zeigen, ob der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund mit dieser 7. Revision so weit zufriedengestellt ist, daß er seine AHV-Initiative zurückziehen kann. Das einzige wesentliche Postulat des CNG, das offen geblieben ist, betrifft ein Obligatorium für die Betriebsversicherung, die zweite Säule unserer Sozialpolitik. Doch sollte es nicht mehr so stark ins Gewicht fallen, nachdem die Mitgliederzahl betrieblicher Pensionskassen seit 1955 statistisch erwiesen um 50 Prozent zugenommen hat.

«Im Tschudi-Tempo»

Die Vorschläge des Bundesrates haben weitherum ein gutes Echo gefunden. Die Alterssicherung stellt ja ein Anliegen von besonderer Popularität dar, das auch auf die Politiker eine entsprechende Anziehungskraft ausübt. Die sozialistische Berner Zeitung «Tagwacht» setzte denn auch über die Schilderung der Verdienste des zuständigen Departementschefs den Titel «Im

Tschudi-Tempo». Dem Basler Vertreter im Bundesrat wird in der Tat mit vollem Recht große Speditivität nachgesagt. Und man weiß darüber hinaus, daß er für soziale Postulate ein besonders weites Herz hat.

Trotzdem wäre es sicherlich an der Zeit, den Gang der schweizerischen Sozialpolitik einmal in größerem Zusammenhang genau zu überdenken. Als es um die 6. AHV-Revision ging, herrschte in weiten Kreisen die Meinung vor, daß nun im Rahmen der «Drei-Säulen-Theorie» (staatliche, betriebliche und persönliche Altersvorsorge) ein Maximum erreicht sei. Doch ist der Trend zum immer weiteren Ausbau des Sozialstaats offenbar fast unwiderstehlich. Auch in bürgerlichen Kreisen ist die Neigung anscheinend groß, von Zeit zu Zeit im sozialpolitischen Sektor «etwas zu unternehmen», um politisch «im Geschäft» zu bleiben.

Gewiß sollte gerade bei den Altersrenten eine ständige Anpassung an die Lebenskosten eine Selbstverständlichkeit sein. Und ebenso gewiß ist es, daß es nach wie vor besonders Bedürftige gibt, die zusätzliche Hilfe brauchen und verdienen. Andererseits wird man sich aber genau vor Augen halten müssen, daß die beste Garantie für die soziale Wohlfahrt letzten Endes in der Erhaltung einer gesunden Wirtschaft liegt. Die Soziallasten müssen mit andern Worten so dosiert werden, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigt wird. Aus diesem Grunde wäre es bedenklich, wenn das «Tschudi-Tempo» der Kontrolle einer präzisen wirtschaftspolitischen Gesamtschau entglitte und das Niveau der Soziallasten einfach unbesehen immer weiter auf ganzer Breite gehoben würde.

Wissenschaftspolitik im Kreuzfeuer

Die schweizerische Innenpolitik ist gegenwärtig und wohl noch auf lange hinaus stark dominiert durch Sorgen um den Ausbau der Infrastruktur. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines ausreichenden akademischen Nachwuchses. Dabei ist es

mit dem Ausbau der Hochschulen allein nicht getan. Vielmehr beginnt die akademische Nachwuchsförderung in entscheidendem Ausmaß bereits auf der Mittelschulstufe. Wenn der Schweizerische Wissenschaftsrat in seinen Mitte Januar veröffentlichten Thesen zum Ausbau des Studienwesens feststellt, daß der Bestand an berufstätigen Hochschulabsolventen in den nächsten 15 Jahren um etwa 75 Prozent, das heißt von 65000 bis 70000 auf 110000 bis 120000 zu steigern sei, so versteht es sich von selbst, daß damit im Grunde das gesamte Bildungssystem reorganisiert werden müßte: Wir brauchen dazu wesentlich mehr Gymnasiasten und wohl auch sehr viel mehr Lehrer auf Mittel- und Hochschulstufe als bisher.

Ein solcher Ausbau des Bildungswesens ist naturgemäß mit großen finanziellen Lasten verbunden. Vor allem die Universitätskantone sehen sich gewaltigen Aufgaben gegenübergestellt, welche die meisten unter ihnen nicht mehr allein zu finanzieren imstande sind. Der Grundsatz der Bundeshilfe ist daher praktisch allgemein anerkannt. Das seit kurzem im Entwurf vorliegende Bundesgesetz über die Hochschulförderung sieht für eine erste, 1969 beginnende Sechsjahresperiode Bundesbeiträge von insgesamt 1,15 Milliarden Franken vor; davon entfallen 600 Millionen auf Sachinvestitionen und 550 Millionen auf Betriebsbeiträge.

Überforderter Föderalismus?

Obwohl der Ausbau von Forschung und Lehre sowie dessen Förderung durch den Bund also grundsätzlich unbestritten sind, macht sich nun trotzdem einige Opposition gegen die Hochschulvorlage bemerkbar. Der Grund liegt genau genommen in einem Dilemma, das mit unserer föderalistischen Struktur zusammenhängt. Die Kulturpolitik ist eines der wichtigsten föderalistischen Bollwerke. Hier war die Autonomie der Kantone bisher weitgehend unge-

brochen. In der Hochschulpolitik wird nun der Versuch unternommen, den Kantonen trotz massiver finanzieller Bundeshilfe auch weiterhin ein Höchstmaß an Eigenständigkeit zu bewahren. Diese staatspolitisch bedingte Zurückhaltung des Geldgebers droht indessen nach Ansicht der Kritiker den wirklich zweckmäßigsten Einsatz der Bundesmittel in Frage zu stellen.

Diese Kritik entbehrt nicht jeder Grundlage. Ein allzu großes Selbstbestimmungsrecht der Subventionsempfänger ist normalerweise ihrer Reformlust nicht eben förderlich. Wenn sich Strukturreformen aufdrängen — und in unserem Bildungswesen sind sie in der Tat dringlich geworden —, so stellen sie sich meist nicht ohne mehr oder weniger sanften Druck von außen ein. Gewiß hat der Bundesrat gemäß Gesetzesentwurf die Möglichkeit, Beiträge zu verweigern, «wenn eine Sachinvestition als unzweckmäßig erscheint, insbesondere wenn sie den Erfordernissen einer sinnvollen Zusammenarbeit der schweizerischen Hochschulen widerspricht oder sich im Hinblick auf ihren Zweck als übersetzt erweist». Doch weiß man andererseits aus Erfahrung, daß der Bund sich in der Anwendung solcher Klauseln jeweils größtmöglicher «föderalistischer Courtoisie» befließigt.

Unter diesen Umständen wird sehr viel davon abhängen, wie weit der Schweizerische Wissenschaftsrat die ihm zugedachte Rolle als Stabsorgan der nationalen Hochschulpolitik wirklich zu erfüllen vermag. Der Bund wird sich dabei nicht nur bei den Kantonen, sondern vor allem auch bei den sehr auf Autonomie bedachten Universitäten das nötige Mindestmaß an Führungsautorität verschaffen müssen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Hochschulreform nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch ein Problem geistiger Neuorientierung darstellt. Die meisten Lehrkörper unserer Universitäten könnten gerade in dieser Hinsicht Führungsimpulse recht gut gebrauchen.

Spectator